



Unsere Kreistagsfraktion DIE LINKE/Die PARTEI der VI. Wahlperiode: Felix Thier, Maritta Böttcher, Peter Dunkel, Prof. Dr. Rüdiger Prasse, Monika Nestler, Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE), Dr. Irene Pacholik, Anke Scholz, Judith Kruppa und Roland Scharp (v. l. n. r.). Auf dem Foto fehlt Heike Kühne.

ANTRAG IM KREISTAG: VERBESSERUNGEN FÜR ELTERN UND KINDER ZÜGIG UMSETZEN – KITA-RECHTSREFORM FORTSETZEN

Kernthema der letzten Kreistags-sitzung vor der Sommerpause war aus unserer Sicht unser Antrag zur Kita-Reform im Land Brandenburg. Sie erinnern sich: SPD, CDU und Grüne traten 2019 als Landesregierung an mit dem Vorhaben einer großen Kita-Reform in Brandenburg. So weit, so gut. Allerdings hat sich nun vor einigen Monaten das zuständige, SPD-geführte Bildungsministerium hingestellt und verkündet, dass diese Reform für das Land doch bitte kostenneutral sein soll. Sprich: Große Reform mit mehr Qualität und Leistung, aber nicht mehr Geld ins System durch das Land. Und wer bliebe am Ende der Fahnenstange der Zuständigkeiten übrig (und auf den Kosten sitzen)? Richtig – die Landkreise! Verständlich, dass diese über den Landkreistag Brandenburg widersprachen und dem Land signalisierten, dass es so nicht gehe. Letztlich

müssten sich die Landkreise nämlich das nötige Geld, denn sie haben keine Möglichkeiten der Steuereinnahmen, per Kreisumlage von den Kommunen holen. Dass daraus die Landesregierung bzw. Bildungsministerin Ernst (SPD) die Absage der Reform schlussfolgerte, ist zu kurz gedacht. Verhandlungen müssen wieder her und vor allem zu einem Ergebnis führen. Das war auch die Intention unseres Antrages an den Kreistag: Wir wollen, dass alle wieder auf das Ziel hinarbeiten. Denn der Bedarf ist riesig!

Mit unserem Antrag wollten wir von Seiten des Kreistages einen Appell in Richtung Land starten, dass die Absage der Kita-Reform keine Lösung ist und alle Beteiligten wieder an den Verhandlungstisch gehören und der Prozess abgeschlossen gehört. Zur Fortsetzung und Umsetzung der Kita-Rechtsreform er-

warten wir, dass das Land in Form der SPD-CDU-Grünen-Koalition bzw. die von diesen Parteien geführte Landesregierung klar sagt, was ihr die Kitareform wirklich wert ist. Dazu muss sich der Landtag als Haushaltsgesetzgeber selbst in die Verantwortung nehmen. Eine von vornherein vom SPD-geführten Bildungsministerium festgelegte Kostenneutralität für sich selbst ist nicht akzeptabel, bringt die Landkreise als Träger der Jugendhilfe in ein unkalkulierbares Finanzrisiko und muss vom Tisch.

Eine Debatte im Kreistag gab es dazu nicht. Wohl auch deshalb, weil, aufgeschreckt durch unseren Antrag, plötzlich die Fraktionen von Grünen, SPD und CDU mit Änderungsanträgen um die Ecke kamen.

Lange Rede, kurzer Sinn: Im Ergebnis zeigten wir uns natürlich im

Sinne der Sache Kita-Rechtsreform kompromissbereit und einigten uns mit den anderen Fraktionen auf folgenden Wortlaut.

»1. Die Landkreise und das Bildungsministerium werden gebeten, die Gespräche zur Umsetzung der Kita-Rechtsreform wieder aufzunehmen.

2. Der Kreistag Teltow-Fläming fordert die Landesregierung auf, umgehend die Änderungen des Kitagesetzes einschließlich der notwendigen Folgeregelungen aus dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) auf den Weg zu bringen, die von der Kita-Rechtsreform unbehelligt sind:

- die Verbesserung der Personalbemessung Krippe,
- die Ausweitung der Elternbeitragsfreiheit (vorletztes und vorvorletztes Kita-Jahr),
- SGB-VIII-Änderung: Inklusion (§ 12 KitaG wg. § 22a Abs. 4 SGB VIII), Ombudsstellen (wg. § 9a SGB VIII), Betriebsurlaubrecht (§§45 ff SGB VIII).

3. Der Kreistag Teltow-Fläming weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Vollendung der Kitarechtsreform und ein daraus resultierendes neues Kita-Gesetz in dieser Legislaturperiode des Landtages Brandenburg dringend notwendig sind.

4. Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming begrüßt, dass die Landesregierung die Arbeiten an der Kitarechtsreform weiterführen will. Der Kreistag stellt jedoch fest, dass auch die Landesregierung in der Pflicht ist, sich an den zu erwartenden qualitativen und quantitativen Verbesserungen finanziell angemessen zu beteiligen und fordert diese entsprechend dazu auf.«

Der Kreistag votierte dazu in namentlicher Abstimmung einstimmig positiv mit 33 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen. Das Abstimmungsergebnis im Detail findet sich hier als Punkt 21 in unserem Newsletter:

<https://kurzelinks.de/1ty3>.

Felix Thier, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

WAS IST LOS IN GROSSBEEREN?

Im Dezember 2021 habe ich über einige Probleme in der Zusammenarbeit von Kommunalpolitiker*innen und dem Bürgermeister Tobias Borstel (SPD) berichtet.

Mein letzter Satz, »Es scheint keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr möglich zu sein.«, hat sich leider bewahrheitet. Deshalb haben sich die Gemeindevertreter*innen zu einer Diskussionsrunde zusammengefunden mit dem Ergebnis, dass sich 13 von 18 Gemeindevertreter*innen für einen Abwahlantrag entschieden haben und sich zu den Modalitäten mit Stadtverordneten aus Königs Wusterhausen ausgetauscht haben.

Die notwendigen Beschlüsse wurden vorbereitet und mehrheitlich gefasst.

Es gab viel vorzubereiten, um vor allem die Bürger*innen von Großbeeren über die Gründe des Abwahlbegehrens zu informieren und die notwendige Anzahl der Bürger*innen für ihre Stimmabgabe zu motivieren.

Dazu haben wir in den Medien eine Plattform »Ja zu Grossbeeren« geschaffen, in der z. B. falsche Aussagen des Bürgermeisters durch

Links zu richtigstellenden Fakten widerlegt wurden.

Vertreten in dieser Gruppe waren Gemeindevertreter*innen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Unabhängiges Bündnis, Wir für Großbeeren und ich von der LINKEN. Dazu haben wir uns jede Woche getroffen und die nächsten Schritte beraten.

Es wurden Plakate gedruckt und überall in Großbeeren und seinen Ortsteilen aufgehängt, Flyer erarbeitet und nach dem Druck von allen Mitgliedern des Abwahlbündnisses verteilt. Zur Finanzierung hat jeder seinen finanziellen Beitrag geleistet. Es wurden zwei Abendveranstaltungen und diverse Info-Stände zur Information für die Bürger*innen angeboten. Auch ehemalige Mitarbeiter*innen der Verwaltung haben sich gemeldet und die Gründe für das (teilweise nicht freiwillige) Ausscheiden aus der Verwaltung dargelegt, über die ebenfalls ein Flyer erstellt und verteilt wurde.

Die in dieser Zeit stattgefundenen Gemeindevertreter*sitzungen zeichneten sich durch eine Art frostiger Atmosphäre aus. Trotz vielfacher Hinweise der Gemeindevertreter*in-

nen sind seitens der Verwaltung die Beschlüsse aus den Sitzungen nicht veröffentlicht worden.

Für den Ende Februar vorgelegten Haushaltsplan lehnte der Bürgermeister jegliche Beratung in einer Sondersitzung ab, eine Prioritätenliste für die notwendigen Investitionen legte der Bürgermeister nicht vor, dafür eine Maßnahmenliste, die in einigen Ausschüssen beraten, aber nie vollständig behandelt werden konnte.

Wir Gemeindevertreter*innen konnten aber nicht akzeptieren, dass die Hebesätze für alle Steuern angehoben werden, um z. B. Klimaanlagen in der Verwaltung und der Bibliothek zu finanzieren, aber ein z. B. neues Fahrzeug für die Feuerwehr im Ortsteil Heinersdorf nicht geplant war.

Leider hat der Bürgerentscheid zur Abwahl des Bürgermeisters am 22. Mai nicht das von uns gewünschte Ergebnis gebracht. Von den 7.681 wahlberechtigten Einwohnern haben 3.374 an der Wahl teilgenommen, 1.395 haben für und 1.918 gegen die Abwahl gestimmt, 61 Stimmen waren ungültig.

Nach der gescheiterten Abwahl

haben sich die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und das unabhängige Bündnis zu einer neuen Fraktion zusammengeschlossen und mich gefragt, ob ich dieser neuen Fraktion beitreten würde. Nun sind wir sieben von 18 Gemeindevertreter*innen und die Sitzverteilung sowie Ausschussvorsitze mussten neu verteilt werden. Für mich hat das den Vorteil, dass ich jetzt stimmberechtigtes Mitglied im Finanzausschuss bin und durch DIE LINKE zwei sachkundige Einwohner*innen berufen werden konnten.

Ich lasse mich nun überraschen, wie es nach der Sommerpause in Großbeeren weitergeht.



Dr. Irene Pacholik, Mitglied der Gemeindevertretung Großbeeren

ALLER ANFANG IST SCHWER

Von vier auf drei Mandate runter, das ist hart! Aber immerhin haben der langjährige Gemeindevertreter Siegbert Weigt und Doreen Schulze in ihrer nun zweiten Legislatur es mit der Wiederwahl geschafft. Und ein Neuling – ich.

Kurze »Schulung«, die suggerierte: Ihr könnt ohne den Bürgermeister nichts bewirken, aber ihr habt »Abnickkompetenz« und rein ins Getümmel.

Bei der Verteilung der Ausschussvorsitze gewannen wir den Bauausschuss. Gut, dass Siegbert reichlich Erfahrungen gesammelt hatte. Leider musste er nach wenigen Monaten aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten und Tobias Janke rückte in die Gemeindevertretung nach. Doreen übernahm als einzige Frau im Bauausschuss dessen Vorsitz.

Sehr oft fühlten wir uns von den Beschlussvorlagen aus der Verwaltung überrannt, die Behandlung in den jeweiligen Fachausschüssen

wurde angeblich aus Gründen der Dringlichkeit zumeist nicht eingehalten. So wurden im ersten halben Jahr kritische Nachfragen gering schätzend abgetan und kurzfristige Entscheidungen in Millionenhöhe getroffen.

Bald entwickelten sich informelle Gruppen, die sehr schnell sehr viel bewegen wollten. Nun galt es, sich nicht vollständig vereinnahmen zu lassen, sichtbar zu bleiben. Um dieses zu erreichen, mussten Fachkompetenz, Widerstandskraft und eigene Anträge her.

Die Fraktionsarbeit inklusive sachkundiger Einwohner*innen musste neu überdacht und organisiert werden.

Was haben wir in den letzten zweieinhalb Jahren erreicht?

- die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung an die gesellschaftlichen und technischen Erfordernisse und Möglichkeiten angepasst,
- die Kinder- und Jugendbeteili-

gung in die Hauptsatzung aufgenommen und ein Gremium der Kinder- und Jugendbeauftragten installiert,

- die Wiedereinrichtung des Personalrates angeregt und unterstützt,
- den Beitritt unserer Gemeinde zum Netzwerk »Majors for Peace« herbeigeführt,

■ das FamilienFriedensFest der LINKEN in ein gemeindliches Fest überführt,

■ die Zugänglichkeit des Rathauses für alle, auch ohne Termin wiederhergestellt,

■ die Verteilung der wenigen Kita-Plätze auch unter Integrationsgesichtspunkten erreicht,

■ die Personalbedarfsplanung für die nächsten fünf Jahre initiiert,

■ eine Strategie zur Attraktivitätssteigerung unserer Gemeinde als Arbeitgeberin nach von uns grob vorgegebenen Richtlinien angefordert.

19 von insgesamt 27 von oder mit uns eingebrachte Anträge wurden

beschlossen – Tendenz steigend. Einige der von uns vorgebrachten Ideen und Bedenken wurden zwischenzeitlich aufgenommen, führten zu Anträgen anderer Fraktionen. Die Vorbereitung und Zusammenarbeit haben sich auf allen Seiten deutlich verbessert, insofern ist es schade, dass bereits die Hälfte der Legislatur vorbei ist.



Judith Kruppa, Mitglied der Gemeindevertretung Am Mellensee

DAS WAR DIE JUNI-SITZUNG

Benennung einer Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragten

In Kommunen mit mehr als 30.000 Einwohnern ist, entsprechend § 18 (2) Brandenburger Kommunalverfassung, die Gleichstellungsbeauftragte hauptamtlich tätig und somit für den Landkreis Teltow-Fläming eine pflichtige Aufgabe.

Die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte berät die Kreistagsabgeordneten, die Verwaltung und Netzwerke in gleichstellungs- und migrationspolitischen Angelegenheiten. Sie ist Interessenvertreterin und Ansprechpartnerin für Frauen, für Menschen, die Benachteiligung und Diskriminierung erfahren oder befürchten müssen sowie für Fragen der sozialen Integration. Eigenverantwortlich leitet sie Gruppen in bestehenden Netzwerken. Sie arbeitet mit Bundes-, Landes- sowie kommunalen Behörden zusammen und unterstützt bzw. erstellt Entscheidungshilfen für die Verwaltungsleitung und den Kreistag:

- zum Abbau von Gleichstellungshemmnissen,
- zur Förderung der gesellschaftlichen Partizipation,
- zur Entwicklung der Gleichstellungspolitik als gesellschaftspolitische Aufgabe,
- zur Unterstützung und Beratung in besonderen Lebenssituationen
- zur Förderung und Begleitung der interkulturellen Öffnung von Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen,
- bei Projekten für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Als behördliche Gleichstellungsbeauftragte ist ihr bei Einstellungen, beim gesamten Auswahlverfahren sowie bei Vorstellungsgesprächen die Gelegenheit zur aktiven Mitarbeit zu geben.

Die bisherige Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte wurde in den Ruhestand verabschiedet. Zur Nachfolge gab es auf die Ausschreibung 37 Bewerbungen, 21 Bewerber*innen wurden aufgrund von Eignung zur Vorstellung eingeladen. Der Einladung folgten 13 Personen. Frau Claudia Ehrlich setzte sich nach Bestenauslese durch und ist seit 1.8.2022 die neue Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte Teltow-Flämings. Frau Ehrlich ist Juristin und ist

seit Anfang 2017 in der Kreisverwaltung tätig.

Der Kreistag war einstimmig mit der Personalie einverstanden.

Weiterführung des Engagement-Stützpunktes

Der Kreistag beschloss in seiner Sitzung am 22.2.2021 den Engagement-Stützpunkt über Haushaltsmittel des Landkreises für 2021 und 2022 zu finanzieren. Als Bedingung an die Aufrechterhaltung wurde eine Evaluation der Nutzung des Stützpunktes im Jahr 2022 geknüpft. Diese ist nun erfolgt.

Schlussfolgerung daraus ist, dass der Engagement-Stützpunkt des Landkreises Teltow-Fläming dauerhaft fortgeführt und die Personalstelle (Sachbearbeitung) im Stellenplan ab 2023 aufgenommen werden soll. Zur Sicherung des Mobilitätzuschusses für das Ehrenamt sollen jährlich bis zu 30.000 Euro bereitgestellt werden.

Aus der SPD-Fraktion gab es den Antrag, die Vorlage noch einmal in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Debatte zu verweisen. Begründung: Sie sei dort nicht, obwohl fachlich zuständig, behandelt worden. Allerdings ist Ehrenamt mehr als nur Soziales Engagement. Es gibt das auch in der Kultur, im Sport, in der Landwirtschaft bzw. dem Umweltschutz, ... Kurzum: Es hätte dann in nicht nur einem Ausschuss behandelt werden können. Diesen unnötigen Zeitverzug wollte die Mehrheit des Kreistages dann nicht: Der Antrag der SPD auf Überweisung wurde klar abgelehnt.

Die eigentliche Beschlussempfehlung bestätigte der Kreistag dann einstimmig – es gab nur aus der SPD-Fraktion eine Enthaltung.

Kulturförderung 2022 (2. Halbjahr)

Annähernd 33.000 Euro gibt der Landkreis im zweiten Halbjahr zur Kulturförderung aus. Projekte in Rangsdorf, Ludwigsfelde, Jüterbog, Zossen, Luckenwalde, ... – in allen Regionen des Landkreises wird gefördert.

Es gingen insgesamt zehn Anträge auf Kulturförderung ein, die unter Beachtung der Vorschriften auf ihre Förderfähigkeit überprüft wurden. Auch die Schwerpunkte in der Kulturpolitischen Strategie des Landes Brandenburg fanden hierbei Berücksichtigung.

Der Kreistag votierte einstimmig für die Kulturförderung.

Vergabe von Bauleistungen: Umsetzung Brandschutzkonzept, Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog und »Schule am Waldblick« in Blankenfelde-Mahlow

Gut 645.000 Euro, die mit dieser Vergabeentscheidung in unserer Region bleiben – so ließe sich die Beschlussvorlage für das Gymnasium Jüterbog zusammenfassen. Hier erfolgt die Brandschutzsanie rung, beauftragt damit wird ein Unternehmen aus Jüterbog. Bei der »Schule am Waldblick« geht es ebenfalls um die Brandschutzsanie rung, hier geht der Zuschlag in einem Volumen von knapp 626.000 Euro nach Rheinland-Pfalz.

Bei beiden Vergaben votierte der Kreistag einstimmig mit Ja.

Informationsvorlage: Zentralisierung des Straßenverkehrsamtes

Dazu gab es Nachfragen. Angemerkt wurde, und das findet auch unsere Zustimmung, dass man mit noch mehr Digitalisierung Wege zum Straßenverkehrsamt unnötig machen könnte. Und dann wäre es auch (fast) egal, wo sich der Sitz des Amtes befände. Moniert wurde zur Sitzung nämlich, dass gerade aus Sicht des bevölkerungsreichen Nordens eine »gut erreichbare« Lage des Amtes in Luckenwalde zu hinterfragen sei. Ebenso wurde gefragt, ob denn mit der Zentralisierung die Schließung der Außenstelle in Zossen besiegelt wäre.

Beides lässt sich mit einem Blick in die Vergangenheit sehr einfach erläutern. In Zeiten der Haushalts sicherung des Landkreises gab es den Beschluss des Kreistages, und damit den Auftrag an die Verwaltung, noch sparsamer und wirtschaftlicher zu agieren. Damit waren automatisch die mehreren Verwaltungsstandorte zu hinterfragen. Somit auch die Zweigstelle Zossen. Ebenso hat der Kreistag bei der jüngsten Anmietung bzw. Mietvertragsverlängerung für den Standort Zossen beschlossen, dass der Vertrag ein Enddatum hat. Alle im Kreistag waren sich also bei diesem Beschluss darüber im Klaren. Was die Nachfrage zur »Schließung des Standortes in Zossen« schon merkwürdig erscheinen lässt – wie lesen eigentlich einige

Kreistagsmitglieder die einzelnen Beschlussvorlagen?

Der Punkt mit der schlechteren Erreichbarkeit des Standortes in Luckenwalde aus der Sicht des Nordens lässt sich auch mit einem Blick in die Geschichte relativieren. Die vierte Spur der B101 ist heutzutage recht beliebt und wird zumeist als Segen angesehen. Zur Wahrheit gehört, dass diese vierte Spur der Landkreis seinerzeit mit 24 Millionen Euro selbst bezahlt hat. Der Bund war nämlich nur bereit, den dreispurigen Ausbau der Bundesstraße zu finanzieren. Und eines der Argumente der Befürworter im Kreistag für eben jene vierte Spur war seinerzeit die bessere Erreichbarkeit von Luckenwalde. So viel also dazu ...

Änderung der Satzung über die Schüler*innenbeförderung

Der öffentliche Personennahverkehr und auch die Beförderung von Schüler*innen ist elementar und aus unserer Sicht ein Teil der Daseinsvorsorge durch den Staat. Bei Kindern mit getrenntlebenden Elternteilen kann nach dem Meldegesetz nur eine der beiden Wohnungen als Hauptwohnung für das Kind eingetragen werden. Indem die Schüler*innenbeförderungssatzung des Landkreises Teltow-Fläming auf die Hauptwohnung Bezug nimmt, wird den Familien die Schülerbeförderung nur während der Zeiten gewährt, in denen der Schüler bzw. die Schülerin bei dem Elternteil wohnt, in dessen Wohnung sich die angemeldete Hauptwohnung des Schülers bzw. der Schülerin befindet. Eine Härte, die nicht sein muss – zumal davon im Landkreis aktuell nur eine Handvoll Kinder betroffen sind.

Der Antrag der SPD wollte das ändern und daher im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Haushalts- und Finanzausschuss beraten werden. Leider war zur Sitzung im Bildungsausschuss dann von Seiten der SPD kein Kreistagsmitglied anwesend, was die Beratung zum Papier nicht vereinfacht hatte. Nunmehr sollte sich der Kreistag also ohne Votum aus dem Fachausschuss mit dem Thema befassen. Das war der SPD dann wohl doch nicht recht: Der Antrag wurde von der Tagesordnung genommen.

Felix Thier, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

TELTOW-FLÄMING LUD ZUM EMPFANG UND EHRTE VERDIENTE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Nach einer gefühlten Ewigkeit lud der Landkreis wieder zum Teltow-Fläming-Empfang, denn im letzten Jahr gab es, coronabedingt, nur eine Online-Verleihung der Teltow-Fläming-Preise.

Nummehr traf man sich wieder im Foyer des Kreishauses in Luckenwalde und Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) begrüßte die Anwesenden bzw. gut 100 geladenen Gäste herzlich.

Traditionell wurden verdiente Bürgerinnen und Bürger des Landkreises mit Urkunden geehrt. Höhepunkt schlechthin war aber sicherlich die Verleihung der Teltow-Fläming-Preise 2022. In diesem Jahr waren diese unter das Motto »Familienfreundlicher Landkreis« gestellt. Geehrt wurden die Ehren-

amtlichen des »Haus der Familie« in Blankenfelde-Mahlow, vertreten durch Antje Sybille Diering, Günter Drozdynski und Rolf Lochow. Ob Organisation von Eltern-Kind-Kuren oder Hilfe-zur-Selbsthilfe, zum Beispiel durch Anleitung in der Fahrradreparaturwerkstatt – das »Haus der Familie« ist in Blankenfelde eine Institution und dank der drei Ausgezeichneten oftmals erste Anlaufstelle.

Der zweite Preisträger kam mit dem »Jugendfreizeitverein Fläming« aus dem Süden des Landkreises. Egal ob Kinderfeste, Projekte oder Sportwettkämpfe – der Verein sorgt dafür, dass Kinder und Jugendliche ihre freie Zeit sinnvoll verbringen. Und das macht der Verein seit immerhin schon einem Vierteljahr-

hundert! »Mehr als 2.000 Mädchen und Jungen wurden so fröhliche Ferientage ermöglicht«, lobte die Erste Beigeordnete des Landkreises und Laudatorin Kirsten Gurske den Verein. »Dass Ferienkinder von einst die Betreuer von jetzt sind, spricht für die Qualität des Angebots.«

»Jemanden wie ihn trifft man heutzutage nur noch in einer Fernsehserie«, kündigte Baruth/Marks Bürgermeister Peter Ilk (parteilos) den dritten Preisträger an. Arzt Peter Bischof ist nicht nur seit über 60 Jahren im Dienst. Er ist auch einer der Garanten, die Teltow-Fläming das erste Gesundheitszentrum in kommunaler Hand bescherten. »Er ist dort immer noch aktiv«, berichtete Bürgermeister Ilk. »Er

lernt neue Kolleginnen und Kollegen an und gibt seine langjährigen Erfahrungen an die neue Ärztesgeneration weiter.«

Landrätin Kornelia Wehlan hatte in ihrem Wahlkampf zur Wiederwahl im Jahr 2021 das Ziel gesetzt, den Landkreis und die Kreisverwaltung ganz offiziell als »familienfreundlich« zertifizieren zu lassen. »Momentan wird das Leitbild des Landkreises überarbeitet und ich bitte Sie herzlich, sich aktiv in den Diskussionsprozess einzubringen«, so Wehlan in ihren Begrüßungsworten an diesem Abend. Es zeigt sich, wir sind auf einem guten Weg dahin.

Felix Thier, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender



◀ Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI im Kreistag, und Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE)

Die diesjährigen Teltow-Fläming-Preisträger*innen, umringt von ihren Laudator*innen. ✓



F. Thier



F. Thier



F. Thier

^ Die für ihre besonderen Verdienste mit einer Urkunde geehrten Bürger*innen aus dem Norden und aus dem Süden unseres Landkreises.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 29. Juli 2022 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling Auflage: 1.700 · August 2022, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.